

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Schönbach, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden

Druck u. Verlag: Carl Schönbach, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden

Druck u. Verlag: Carl Schönbach, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden

## Die Grundsätze für die Finanzreform

### Weitere wesentliche Einsparungen - Umgestaltung des Finanzausgleichs - Senkung der Realsteuern

#### Abchluss der Kabinettsberatung

Berlin, 28. August. Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über seine finanziellen Reformpläne wurden heute unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zu Ende geführt. Es wurde Übereinstimmung über die wesentlichen Grundsätze erzielt, nach denen nunmehr die erforderlichen Gesetzesentwürfe durch die zuständigen Ressorts während der nächsten Wochen zwecks Vorlage an den Reichsrat und den Reichstag ausgearbeitet werden sollen. Voraussetzung für das Gelingen aller Reformpläne ist eine geordnete Kassenlage und ein die Wirtschaftslage berücksichtigender Haushaltsplan. Das Kabinett hat für die Aufstellung dieses Programms als

#### wesentliche Gesichtspunkte

die folgenden festgelegt:

1. Im Haushaltsplan 1931 wird über die bereits im Haushaltsplan 1930 vorgesehene Senkung der Ausgaben von 160 Millionen Reichsmark hinaus auf Grund der vom Reichsfinanzminister gemachten Vorschläge ein weiterer namhafter Beitrag eingespart werden.
2. Es wird ein mehrjähriges Programm für den Wohnungsbau und die ländliche Siedlung mit dem Ziel der beschleunigten Verminderung der Wohnungsnot der un- und unterbemittelten Schichten und unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit aufgestellt. Die Finanzierung der größeren Wohnungen wird auf anderem Wege durchgeführt.
3. Der Reichshaushalt soll gegen die bisherige unbegrenzte und unabsehbare Beanspruchung durch die verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe gesichert werden, indem ohne das dadurch die notwendigen Leistungen gefährdet werden.
4. Der Finanzausgleich wird durch eine andere Verteilung der öffentlichen Einnahmen unter Reich, Länder und Gemeinden entsprechend den ihnen obliegenden Aufgaben umgestaltet werden; dabei soll vor allem auf Klarstellung der selbständigen Verantwortung für die Ausgabebeurteilung hingewirkt werden. Dieser endgültige Finanzausgleich kann in Kraft treten, sobald der Reichstag das Steuervereinfachungsgesetz, zu dessen Vorbereitung in der Notverordnung entsprechende Maßnahmen vorgesehene und eingeleitet sind, verabschiedet hat. In diesem Zusammenhang ist auch eine Vereinfachung des Steuerrechts in Aussicht genommen, und zwar zunächst bei der Landwirtschaft, sodann durch Freistellung der Vermögen bis zu 20.000 RM. von der Vermögenssteuer. Die Auswüchse auf dem Gebiete der kommunalen Beamtenbesoldung sollen beseitigt werden. Hierbei wird bei denjenigen Gemeinden einzusetzen sein, deren Realsteuern besonders überhöht sind.
5. Eine Bewirtschaftung der Kreditbedürfnisse der öffentlichen Körperschaften unter einheitlichen Gesichtspunkten wird die notwendige Senkung des zu hohen Zinsfußes unterstücken. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen wird eine Senkung der zu hohen steuerlichen Belastung des deutschen Volkes ermöglichen. Ein solches Senkungsprogramm kann nur fortschreitend durchgeführt werden. Begonnen werden soll aber bereits im Jahre 1931 mit der Senkung der die Produktion am meisten hemmenden Realsteuern. Dadurch soll der Wirtschaftsantrieb und neue Arbeit gegeben werden.

#### Dietrich sagt: Neue Steuern untragbar

Stettin, 28. August. Die Deutsche Staatspartei hielt am Mittwochabend ihre Wahlversammlung in Stettin ab, in der Reichsfinanzminister Dietrich sprach. Der Minister beschäftigte sich zuerst mit der Frage, ob die Notverordnung bleiben werde und beantwortete sie dahin, daß auch der neue Reichstag die Notverordnung nicht aufheben könne, ohne das Staatsganze zu gefährden. Als Ursache der Notverordnung sehe er das mangelnde Verantwortungsbewußtsein des letzten Reichstages an. Weiter ging der Minister auf die Frage der Arbeitslosigkeit ein und forderte in Zusammenhang damit zuerst die Schaffung klarer Verhältnisse zwischen dem Reichsetat und der Arbeitslosenfürsorge. Als einziges Mittel wirksamer Abhilfe bezeichnete der Minister die Wiederbelebung der Wirtschaft.

Er beabsichtige daher auch nicht die Schaffung neuer Steuern, weil die Wirtschaft sie nicht mehr tragen könne. Schließlich ging der Minister auf die Gründung der Deutschen Staatspartei ein und betonte dabei, daß dem deutschen Volk der Staatspartei noch fehle, und daß aus diesem Mangel die jetzige Krise und als weitere Folge die Gründung der Deutschen Staatspartei entspringe. Die Rede wurde wiederholt durch Zwischenrufe von nationalsozialistischer Seite unterbrochen, die teilweise so heftig wurden, daß der Saalstuh, den das Reichsbanner stellte, einbrach.

#### Die Notverordnung vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 28. August. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterblichen hat, da die breite Masse der Kriegsoffer von der Notverordnung des Reichspräsidenten betroffen wird, den Staatsgerichtshof angerufen. Die Anrufung erfolgte, weil

der Bundesvorstand die Ansicht vertritt, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung im Gegensatz zur preussischen Verfassung Notverordnungen finanzieller und wirtschaftlicher Art nicht zulasse und nicht zulasse. Der Reichsbund hat deshalb beantragt, der Staatsgerichtshof möge die Notverordnung als verfassungswidrig und rechtswidrig erklären. Ferner hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten an den Reichsfinanzminister eine Eingabe gerichtet, kriegsbeschädigten Beamten, Kriegserbinterblichen und den pensionierten Beamten, die eine Pension von annähernd 200 RM. erhalten, aber wegen ihrer Dienstbeschädigung vorzeitig aus dem Dienste ausscheiden mußten, Steuerbefreiung zu gewähren. Ein gleicher Antrag wurde eingebracht bezüglich des Zuschlages der Einkommensteuer für Ledige. Schließlich sollen die Empfänger einer Zulobrente von der Veranlagung der Bürgersteuer befreit werden.

#### Wirths Wahlprognose

Berlin, 28. August. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ soll Reichsinnenminister Dr. Wirth auf einer Vertrauensmännerversammlung des Zentrums in Frankfurt a. M. ausgeführt haben, die Deutschnationalen würden 55 Sitze bekommen. Die gesamte Rechtsopposition, Deutschnationale und Nationalsozialisten, würden etwa 100 Sitze im neuen Reichstag gegenüber 90 im alten erhalten. Man könne zu Eugen Berger sehen wie man wolle, man müsse aber anerkennen, daß er eine Führernatur und ein politischer Kopf sei.

## Briand rückt vom Paneuropaplan ab

#### Französische Erklärung zur Genfer Konferenz

Paris, 28. August. Die offiziellen Kreise, so erklärt der „Matin“, sehen sich veranlaßt, gegenüber gewissen phantastischen Kommentaren ausländischer Blätter über die demnächst in Genf zusammenzutretende europäische Konferenz ihre Stellungnahme zu präzisieren. Man legt Wert darauf, daran zu erinnern, daß Briand keinesfalls die Absicht gehabt habe und auch nicht haben konnte, für sich alle in die europäische Föderation zu personifizieren. Am 9. September 1929 habe der französische Außenminister von seinen Kollegen den Auftrag erhalten, schriftlich seinen Plan einer europäischen Föderation zu entwickeln. Briand habe also das allbekannte Memorandum ausgearbeitet. Er sei auch beauftragt worden, die Ansicht der interessierten Mächte einzuholen. Die gesamte Presse habe die am Quai d'Orsay eingetragenen Antworten veröffentlicht. Es sei also nur noch Sache der Vertreter Frankreichs gewesen, sich mit den verschiedenen Regierungen über den Zeitpunkt der Aussprache zu verständigen. Wenn Briand nun die Mächte erucht habe, das Vorstudium seines Planes auf den 8. September festzusetzen, so deshalb, weil die Völkerbundhauptversammlung am 10. September tagen solle und eine Frist von mindestens 48 Stunden es der Europa-Konferenz gestatten müsse, sich über die der französischen Initiative zu gebenden Folgen zu äußern.

Briand habe seine Aufgabe erfüllt.

Sache der Konferenz sei es jetzt, die ihrige zu erfüllen.

#### Der Evangelische Bund zu den Wahlen

Berlin, 28. August. Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen erläßt eine Rundgebung an die Reichstagswähler, in der es heißt: Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen des 14. September geht es nicht nur um Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen, sondern das Wahlergebnis wird vor allem für die innere Umgestaltung unseres Staates, für die geistigen, kulturellen, ethisch-religiösen Fragen und Aufgaben unseres Volkes und für seine deutsche und christliche Art von ausschlaggebender Bedeutung sein. Um unseres nationalen Staates und unseres deutschen Volkstums, um unserer evangelischen Kirche und unserer deutsch-christlichen Kultur willen: **Gibt keine Stimme einem Vertreter des protestantischen, ultramontanen, internationalen Machtwillens! Gebt keine Stimme einem Vertreter des Christentumsfeindlichen, Klassenkämpferischen, internationalen Umsturzwillens!**

Im übrigen muß für jeden deutsch-evangelischen Wähler das Wahlrecht und bedingte Wahlpflicht bedeuten. Stimmenthaltung ist Feigheit und Frevel am deutschen Volkstum und an Deutschlands Zukunft. Die zehn Millionen Reichswähler der letzten Wahlen sind in erster Linie mit verantwortlich für die Not, in der wir stehen. Selbst wenn jemand im Parlamentarismus und Parteilosen nichts als Uebel sah, ist er doch unter allen Umständen verpflichtet, wenigstens das Kleinste Uebel zu wählen.

#### Treviranus über die Revisionsfrage

Frankfurt a. M., 28. Aug. In einer Wahlversammlung der Konservativen Volkspartei sprach am Mittwoch zum ersten Male der Minister Treviranus in der mittleren Dammstraße, wo er als der Diskussionskommissar des Reiches mit besonderen Erwartungen empfangen wurde. Nach anfänglichen Störungsvorlesungen durch die Nationalsozialisten konnte er seine Rede sachlich zu Ende führen. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen zum Diktandum, wobei er u. a. sagte, daß es keinen Zweck habe, eine Revisionspolitik zu fordern und zu betreiben, solange wir nicht in einer Krise seien, eine solche Politik auch durchzuführen. Nach seiner Meinung könnten vielleicht erst in zwei bis drei Jahren Revisionsansprüche geltend gemacht werden, die uns wirklichen Erfolg bringen würden.

## Zehn russische Silberhamsterer hingerichtet

#### Das Regiment des Schreckens

Moskau, 28. Aug. Zehn Kuffäuser und Diebsteher großer Silbermünzenbeträge, die sich, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, auch aktiv mit der Verbreitung konterrevolutionärer Gerüchte beschäftigten, wurden von der staatlichen politischen Verwaltung zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden.

Im Laufe des Monats August sind 20 Personen wegen Samsterns von Silbergeld hingerichtet worden.

#### 134 flüchtige Auslandsbeamte der Sowjetunion

Romno, 28. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Zahl der aus dem Auslande nach Rußland nicht zurückgekehrten Beamten der Sowjetunion auf 134 gestiegen. Die Sowjetregierung beabsichtigt, in aller nächster Zeit neue Beamte ins Ausland zu entsenden, die einen besonderen Kurlauf beenden haben. Dem ehemaligen Außenkommissar Tschitscherin hat die Sowjetregierung eine monatliche Pension in Höhe von 350 Rubel bewilligt. Das ist die höchste Pension, die die Sowjetregierung ihren Beamten gewährt. Tschitscherins Gesundheit ist noch nicht wiederhergestellt. Er wird nach Beendigung seiner Kur eine Stellung als Berater beim Polki. Büro annehmen.

#### Schlägereien zwischen deutschen und polnischen Landarbeitern

Garz (Rügen), 28. August. Auf dem Gute Groß-Schoritz bei Garz auf Rügen entstand am Mittwochabend zwischen deutschen und polnischen Landarbeitern eine wilde Schlägerei. Schon seit langem war der Arbeiter Streik aus Groß-Schoritz von polnischen Arbeitern belästigt und bedroht worden. Gestern Abend kam es nun während der Arbeit zu der Schlägerei, in deren Verlauf durch einen in der Notwehr unglücklich geführten Schlag ein polnischer Arbeiter getötet wurde. In Possewald auf Rügen kam es ebenfalls zu einer schweren Schlägerei zwischen deutschen und polnischen Landarbeitern. Dabei erhielt ein deutscher Arbeiter einen Dolchstoß, an dem er schwer verletzt dantederliegt.

#### 14 Todesopfer bei einem Schiffszusammenstoß

Newport, 28. August. Bei Cones Island rief der Dampfer „Reches“ mit einem Hafenschlepper zusammen. Beide Schiffe sanken sofort. Der Kapitän und dreizehn Mann der Besatzung der „Reches“ ertranken. Die übrigen Verunglückten konnten von Küstenwachbooten aufgegriffen werden.

Der Mietspolizeihaushalt Newports. Der Polizeihaushalt der Stadt Newport erreicht in diesem Jahre die noch nicht dagewesene Höhe von 200 Millionen Mark. Der Gesamthaushalt der Stadt wird zwischen 2500 und 3000 Millionen Mark betragen.